



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

170 (20.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190936](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190936)



# Wannheimer General-Anzeiger

Redaktionspreis: Im Monat u. Ueberzahlung monatlich, ein Jahr 12,00 für den Einzelnen u. Einzelne...  
Anzeigenpreis: Bei überzeitigen Abdruck & 1 Blatt...  
Verlags-Verwaltung: Mannheimer Verlagsgesellschaft...

**Badische Neueste Nachrichten**

Anzeigenpreis: Bei überzeitigen Abdruck & 1 Blatt...  
Verlags-Verwaltung: Mannheimer Verlagsgesellschaft...

## Der Abwehrtampf des Bürgertums.

### Worum es geht.

Wie uns heute aus Berlin gemeldet wird, veröffentlichten die Unabhängigen ihren Wahlauftritt. In ihm wird die Machtergreifung durch das Proletariat als geschichtliche Notwendigkeit erklärt. Als „sofort zu erfüllende Uebergangsmassnahmen“ werden acht Punkte aufgeführt, die eine starke Familienähnlichkeit mit den acht Punkten der Gewerkschaften zeigen. Der Wahlauftritt der badischen U.S.P. spricht mit aller Deutlichkeit als Ziel des Kampfes die Errichtung einer reinen Arbeiterregierung, einer sozialistischen Regierung aus. Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen erklärt, in den Kreisen der Berliner Parteigenossen werde die Koalition nur als ein taktischer Notbehelf empfunden, dessen man durch ein Erstarken der Partei bei den nächsten Wahlen gern entbehren möchte. Auch hier also doch auch das Ausschauen nach einer rein sozialistischen Regierung. Wie sich die Dinge im sozialistischen Lager entwickeln, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß mit einem einheitlichen Angriff der sozialistischen Parteien gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu rechnen sein wird. Der Wahltampf wird als Klassenkampf geführt werden. Auch wohl von den Mehrheitssozialdemokraten, die schwer von den Unabhängigen bedrängt werden und es diesen an Zusicherungen und Verheißungen gleich tun müssen, wenn sie sich behaupten wollen. Wir müssen durchaus mit einem starken Versuch der sozialistischen Parteien insgesamt rechnen, die bürgerliche Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Die Verfassung, die uns die Demokratie beschert hat und die der Wahlauftritt der Demokratischen Partei als die edelste und freieste Verfassung der Welt preist, hat diesen Versuch zu einem für das Bürgertum sehr bedrohlichen Unternehmen gemacht, weil sie den jugendlichen Elementen, die den Verführungen des Radikalismus am leichtesten zugänglich sind, eine so starke Macht in den politischen Entscheidungen gegeben hat.

Was ein Erfolg dieses mehr oder weniger einheitlichen sozialistischen Angriffes für das Bürgertum bedeuten würde, braucht nicht gesagt zu werden. Tausende, ja Millionen selbständiger bürgerlicher Existenzen müßten zusammenbrechen. In Not und Elend verkommen, ohne daß wir wenigstens den Trost hätten, daß eine bessere Gesellschaftsordnung die gebrachten Opfer an Menschenglück rechtfertigen würde, denn die Klassenherrschaft des Proletariats, der sozialistische Staat wird keine Ordnung der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt sein: die heutigen Vorspiele beweisen genug.

Das Bürgertum muß sich wehren, wenn es nicht untergehen will. Es verabscheut den Klassenkampf. Aber er wird ihm aufgezwängt, als Kampf der Abwehr, der Selbstbehauptung. Es soll als Klasse unterdrückt werden. Es sucht den Angriff abzuwehren. Nicht um seinerseits eine Unterdrückungspolitik einzuleiten, die politische Einsicht und sittliches Empfinden verbietet, aber um unser Volk im ganzen vor der Herrschaft einer Klasse zu bewahren, die ihre Befähigung zum Herrschen noch nicht bewiesen hat.

Wenn das Bürgertum den ihm aufgezwungenen Klassenkampf nicht mit aller Entschlossenheit aufnimmt, wird es als Klasse untergehen. Und dieser Untergang wird eine Zeit entsetzlichen Elendes, grauhaftester Not für alles sein, was man unter dem Begriff des Mittelstandes zusammenfaßt.

Wird das Bürgertum diesen Kampf um sein Fortbestehen, um sein Recht neben der Arbeiterklasse erfolgreich bestehen können? Wenn es sich so erbärmlich schlapp und lau zeigen sollte, wie bei den städtischen Wahlen in der Pfalz, dann nicht, dann wird es untergehen und sein Elend verdient haben.

Entschlossenheit, Geschlossenheit tut not und Selbstbehauptung. Die Führung des Widerstandes gegen die immer mehr ins Fahrwasser sozialistischer Massenpolitik steuernde Koalitionsregierung lag bisher in den Händen der Rechtsparteien. Was soll man sagen, wenn der Wahlauftritt der Demokratischen Partei diesen Widerstand des Bürgertums gegen seine Entschienung als „demagogische Opposition“ geißeln zu können glaubt, um damit nur Wasser auf die Mühle der sozialistischen Klassenkämpfer zu lassen? Was soll man sagen, daß die Demokratische Partei den Generalfreier billigt und als politische Waffe sanktioniert, der die Revolution in Permanenz erklärt, zu einer bauernden Einrichtung macht, und den Kampf der Helfer auf das Gebiet der brutalen Gewalt verlegt?

Herr Trimborn hat schöne Worte für das Recht des Bürgertums gefunden. Wo bleiben die Taten der Zentrumspartei?

Was ist der vorläufige Beschluß der anderthalb Jahre Koalitionspolitik? Trotz Mitwirkung bürgerlicher Parteien liegen alle entscheidenden Aemter, alle entscheidende Macht in den Händen der Sozialdemokratie, ist die Entwicklung immer weiter nach links gegangen, ist das Bürgertum immer weiter zurückgedrängt und die sozialistische Massenpolitik so gefährlich worden, daß ihre Träger hoffen, nunmehr die ganze Macht an sich reißen zu können.

Das Bürgertum soll sich nur recht deutlich machen, worum es geht. Will es sich behaupten, nicht versinken, dann muß es als Klasse sich entschlossen dem Ansturm des

sozialistischen Klassenkampfes entgegenwerfen. Die Entwicklung ist beklagenswert, aber man muß heute klar sehen und deutlich sprechen. Geschähe das, erfährt das Bürgertum den Ernst seiner Lage, dann dürfen wir erwarten, daß das böse Gespenst der Klassenherrschaft endgültig gebannt wird und als Frucht der bürgerlichen Mähe die nationale Arbeitsgemeinschaft sich herstellt, in der Bürger und Arbeiter zu gleichen Rechten am Wohle der Volksgemeinschaft wirken.

### Der Abgeordnete Dr. Stresemann über die politische Lage und die Neuwahlen.

Ueber die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei haben wir in unserer gestrigen Mittagsausgabe bereits berichtet. Aus dem Referat des Abg. Stresemann geben wir nach einem uns heute zugehenden ausführlichen Bericht noch die wesentlichsten Abschnitte im Wortlaut wieder. Stresemann führte u. a. aus:

Die Weimarer Verfassung legt die Regelung der Gewalt in die Hand des Parlaments. Wenn wir durch die Wahlen über die Zusammensetzung des ersten neuen Reichstages entscheiden, dann entscheiden wir damit gleichzeitig über den Kurs der künftigen deutschen Politik und damit also auch über das künftige Schicksal unseres Reiches. Man sollte meinen, daß eine solche Entscheidung eine massenhafte Bewegung im Reich und im Volke entfachen müßte, und daß all die neuen Kräfte, von denen man ja gesagt hat, daß sie erst im neuen Deutschland frei werden könnten, nun in einem einheitlichen Willensakt um die Seele des Volkes ringen würden. Das Bild, das wir in Wirklichkeit vor unseren Augen sehen, ist aber ganz anders. Es ist ein großes Gefühl der Ermüdung im deutschen Volke, ein großes Gefühl der Abneigung gegen den Parlamentarismus überhaupt. Es mehren sich die Stimmen im Lande, die daran zweifeln, daß der Parlamentarismus überhaupt die geeignete Staatsform sei, um die trante Zeit heilen zu können. Wir müssen uns deshalb vor der Aufgabe hüten, als ob die Zusammensetzung des neuen Reichstages und die damit verbundene Verschiebung der Parteiverhältnisse allein genügen könnte, um uns aus unserem gegenwärtigen Elend herauszubringen. Die neue Entwicklung ist längst über eine solche Auffassung hinausgewachsen. Ich bitte Sie deshalb, mir zu erklären, die politische Lage nicht nur vom Standpunkt des Bürgertums der Parteien zueinander zu betrachten. (Sehr gut.) Wir stehen heute vor Problemen, die weit darüber hinausgehen, die auch nicht mehr allein eine Angelegenheit unseres Volkes, sondern ein gemeinsames Problem aller Kulturstaaten überhaupt sind. Die große Frage ist die: Wie finden wir uns ab mit der

### Weiterentwicklung des Sozialismus und des Bolschewismus.

die uns in verschiedenen Ausprägungen in dem politischen Leben aller Kulturländer entgegentritt. Die Analogie mit Rußland drängt sich uns vor allem auf. Auch dort begann die Entwicklung mit einer Regierung, die von Sozialisten etwa in der Gestalt unserer Mehrheitssozialisten getragen war, und die sich die Mitarbeit demokratischer Politiker gefallen ließ. So erachtete sich die Bolschewik: Kerenski in Rußland, Ebert in Deutschland. Das ist die erste Phase der Entwicklung, die hier wie dort nicht bestritten, die bürgerlichen Teilnehmer der Revolution nicht, weil sie dem Sozialismus den Stempel des Unrechts aufgedrückt hatten, weil es keine sozialistischen Ideen nicht durchführbar kannte.

Auf diese Phase folgte eine gewalttätige Reaktion von rechts: Kornilow in Rußland, in Deutschland Kapp. In ihren Folgen führte diese Reaktion in Rußland dazu, daß Kerenski dem Drogen nachgab, die Soldaten zu bestrafen und die Arbeiter zu bewaffnen und daß er dadurch die Gewalt selbst aus der Hand gab. Auf diese Entwicklungsphase folgte Lenin, es folgten aber auch zur selben Zeit die Loslösungsbewegungen in Südrussland. Das ist eine Entwicklung, deren Anfänge wir heute leider schon in Deutschland erkennen. Wir wollen die Ursachen dieser Wirklichkeit nicht verschleiern. Wir haben eine Analogie vor Augen, die uns die ganze Gefahr unserer Lage zeigt, und aus der wir lernen sollen.

Wir müssen heute versuchen, in Deutschland eine Koalition zu schaffen, bei der

### Die Sozialdemokratie nicht mehr der allein leitende Teil

ist. (Lebhafte Zustimmung), sondern in der sie nur die Gleichberechtigung genießt, auf die sie gegenüber den anderen Berufs- und Standesinteressen Anspruch hat. Es ist interessant, die Entwicklungen zu verfolgen, die sich augenblicklich in dem Sozialismus vollziehen. Es rückt sich heute die innere Unwahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokratie immer noch ihr Programm von früher vertritt, und daß sie nicht den Mut hat, der Menge zu sagen, daß dieses Programm erledigt ist und nicht mehr beantwortet werden kann. Diese innere Unwahrscheinlichkeit der Mehrheitssozialdemokratie führt die Massen den Unabhängigen und Kommunisten zu, weil der Klassenwiderstand zwischen der heutigen Politik und dem alten Programm unübersehbar dazu führen wird, daß die Mehrheitssozialdemokratie einmal aufhört, die führende Arbeiterpartei zu sein, wenn sie nicht doch noch den Mut finden sollte, sich von der inneren Unwahrscheinlichkeit zu befreien. Dieser Entwicklung gegenüber müssen wir uns klar machen, daß gegenüber dieser radikalisierung der Massen der Staat nur bestehen kann, daß er das, was er aufrecht erhalten will, nur aufrecht erhalten kann, wenn die künftige Koalitionsregierung sich darin einig und entschlossen ist, von den Machtmitteln des Staates zur Aufrechterhaltung der Autorität auch Gebrauch zu machen und keinen Druck auf die Staatsgewalt zuzulassen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Es muß aufhören mit diesem zögernden und schwankenden Gebrauch der staatlichen Machtmittel. Wenn jetzt nicht die Autorität des Staates erhalten wird, dann können wir den Kampf zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegen den Bolschewismus nicht bestehen, dann verlieren wir noch den Rest von Staatsautorität, der uns geblieben ist.

### Wir wollen mit vollem Bewußtsein

### die Partei des liberalen Bürgertums

sein, die den Trennungskrieg gegen den Sozialismus mit aller Deutlichkeit zehrt. Auf eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und auf Macht und Autorität gestützt, kann Reich und Staat der Zukunft entgegengeführt werden. Nur davon können wir Heil für die Zukunft erwarten. (Lebhafte Beifall.)

Die Voraussetzung dafür besteht aber darin, daß der Friede von Versailles nicht aufrecht erhalten wird, sondern einer Revolution unterzogen wird, die Deutschland leben läßt. Wir erwarten das nicht von der Liebe unseres Feindes. Wir glauben nicht daran, daß die internationale Politik eingestellt ist auf das Gefühl der Sympathie für andere Staaten. Solche Mythen sind nur in Deutsch-

land vorhanden. Man wird den Frieden von Versailles nicht revidieren, weil man Deutschland liebt, nein, man wird ihn revidieren müssen, weil die Welt den Untergang Deutschlands nicht vertagen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Deutschland nicht instand gesetzt wird, dem Ansturm des Bolschewismus Stand zu halten, dann geht ganz Europa in diesen Flammen mit auf. Das hat man in allen Ländern, außer Frankreich, auch wohl verstanden. Deshalb müssen wir die Forderung stellen: in Eurem eigenen Interesse liegt es, daß wir Kredite und Rohstoffe bekommen, daß wir im Innern Ruhe haben und uns wieder aufrichten können. Dann wird eines Tages auch Frankreich erkennen, daß die Versprechungen, die ihm in dem Frieden von Versailles gemacht worden sind, an dem harten Fels der Tatsachen gescheitert sind, daß sie unerfüllbar sind. Frankreich wird einsehen müssen, daß ihm nichts übrig bleibt, als sich mit Deutschland zu verständigen, und dann wird auch eine Verständigung zwischen französischer und deutscher Wirtschaftspolitik einleiten. Ich halte es aber für eine falsche Politik, tagtäglich das Interesse Deutschlands an einer solchen Verständigung zu betonen. (Sehr richtig) und alle französischen Fehler zu entschuldigen. So sehr wir einer Zukunft von schweren Jahren entgegen, aber vielleicht wird sich auch noch zeigen, daß die Fernunft liegt und das Gefühl für das europäische Gesamtinteresse.

Ein Wort über unsere Verhältnisse im Innern. Was uns hier am meisten bedrückt, das ist der Umstand, daß die Entscheidung dazu geführt hat, daß wir nicht einmal mehr der Reichsregierung ein ganzes Jahr geben. Man verlegt auf demokratischer Seite es so hinzustellen, als ließe diese Gefahr in Verbindung mit dem Kapp-Putsch aufzutreten. (Gelächter.) Zur selben Zeit besitzt die Demokratische Partei die Dreifachheit, die Abstimmung in Flensburg für ihre Wahlweise zu missbrauchen. Was dort geschehen ist in einer erhebenden Stunde, das verdanken wir der Zusammenarbeit aller Parteien. Das ist etwas, wovon alle Parteien in Ehrfurcht ihre eigenen Interessen schweigend lassen sollten. Daß man sich in Flensburg für Deutschland entschieden hat, das ist nicht geschehen aus Liebe zu irgendeiner Partei oder aus Liebe zu der jetzigen Regierung. (Lebhafte Beifall.) Wir sehen vielmehr in der Gefährdung der Reichsregierung, wie wenig es die neue Zeit in Deutschland verstanden hat, moralische Eroberungen zu machen. Wie die alte nationalliberale Partei die Partei der Reichsregierung war, so wollen wir die

### Partei der Reichsbewahrung und der Reichserhaltung

sein. In unsere Freunde im Süden richten wir die Bitte, überall führend einzutreten für die Erhaltung des Reiches. Und wie wir dankbar sind dafür, was uns der Süden Deutschlands gegeben hat, so bitten wir Sie, dessen eingedenk zu sein und das anzuerkennen, was der preussische Norden dem Reich gegeben hat. (Stürmischer Beifall.) Wir bitten unsere Freunde im Süden Einpruch gegen die Ungerechtigkeit zu erheben, mit der man behauptet, daß Preußen und der Geist von Bismarck die Ursache unseres Verfalls sei, während doch die Gründe des Verfalls darin liegen, daß der Geist der staatlichen Pflichten und der Unterordnung des Einzelnen unter das Gemeinsame verloren gegangen ist. (Sehr richtig.)

Ein Bild unserer inneren Zustände ist leicht zu geben. Die Wirtschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, die politische Wirtschaft, die nationale Wirtschaft, der Zusammenbruch der staatlichen Autorität und die Abhängigkeit von einseitigen Klasseninteressen, siehe vor aller Augen. Die innere Herrschaft der demokratischen Partei mehr als alle anderen Parteien, das soll ihr nicht loswerfen werden. (Lebhafte Beifall.) Die Klassenherrschaft findet ihre Stütze in den obersten Reichsbeamten, die Hilferufe der bürgerlichen Klasse geringer wertet als diejenigen sozialistischer Kreise.

Unsere politischen Gegner glauben, daß die Kappwoche ihnen wieder Wind in die Segel gediehen hat. Sie wollen uns Rangele an Verfassungsfragen vorwerfen. Für diese Kampfesart ist es bezeichnet, daß es gerade Herr Scheidemann gewesen ist, der diesen Vorwurf zuerst in Stuttgart erhoben hat, derselbe Herr Scheidemann, der am 9. November um 12 Uhr mittags, als die erste Verlesung noch nicht in Kraft war, von der Freitreppe des Reichstages aus die Republik ausgerufen hat und der danach doch noch nicht in erster Linie berufen ist, über Verfassungsfragen zu reden. (Lebhafte Beifall.) Und was für ihn gilt, das gilt für die ganze Regierung, die Verhandlungen mit Kapp als Verbrechen, Verhandlungen mit den Verbrechern im Ruhrgebiet als Staatsverrat an sich.

Wir bekennen uns zur organischen Entwicklung und ich glaube auch jetzt noch an diese Entwicklung. Wenn wir auf dem Wege einer solchen Entwicklung zu neuen Parteiverhältnissen kommen, die zu einer

### Wiederanrichtung von Autorität und Staatsgewalt

führen, dann werden wir auch wieder an unsere Zukunft glauben können. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß der Friede von Versailles der Weltentwicklung auch nur für Jahrzehnte sein Ziel vorbedrückt hätte. Wir stehen immer noch mitten in der Weltrevolution, in einer Zeit der Umwälzung, wie sie noch keine Zeit vorher erlebt hat. Die neuen Staaten, die sich auf unsere Kosten gebildet haben, werden ihren Befähigungsnachweis erst zu erbringen haben. Und es ist nicht etwa so, daß wir allein befestigt zu Boden liegen. Heute ist die allgemeine weltwirtschaftliche Verflechtung so stark, daß auch diejenigen, die sich die Sieger nennen, daß auch Frankreich und England von Deutschlands Wirtschaft mit abhängig sind. Deshalb wird man nicht an Deutschland, als der größten Gefahr für die Welt, vorbeigehen können, wenn man die Welt wieder aufbauen will. Deshalb wird eine vernünftige deutsche Politik die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau Deutschlands schaffen können. Und dann zweifle ich nicht daran, daß wir trotz unserer Abhängigkeit von den Rohstoffgebieten, trotz aller Verschiebungen der Wirtschaftslage eine große Intensität unserer wirtschaftlichen Beschäftigung und ein Wiederaufleben unserer Industrie erleben werden. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist aber, daß man wieder den Lebensgedanken einführt (Stürmischer Beifall) und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten der Staatsgewalt gegen diejenigen vorgeht, die dem Volke die Arbeit verleiern wollen, und die mit ihrer Streiferei am meisten zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens beigetragen haben. (Sehr richtig.)

Weiter muß die Voraussetzung erfüllt sein, daß unsere auswärtige Politik wieder von einer sachkundigen Verantwortlichkeit getragen wird. Wir müssen an der Forderung festhalten, daß nicht die Mitgliedsliste einer Partei, sondern die sachliche Befähigung den Zutritt zu unseren wichtigsten Reichsämtern öffnet. Wir befinden uns mit dieser Forderung durchaus nicht im Gegensatz zum parlamentarischen System. Es ist durchaus nicht in diesem System begründet, daß Ministeramt und Beamtenposten bis herab zum Postdirektor (lebhafte Zustimmung) bis zum Richter von der Parteizugehörigkeit abhängig sein sollen. Wir werden unseren ganzen Einfluß dafür ausüben, daß endlich mit dieser

Parteiwirtschaft ein Ende gemacht wird. (Stürmischer Beifall.) Das gute deutsche Beamtentum



muss uns erhalten bleiben, das einst ein Grundpfeiler des Staates gewesen ist.

Am ein letztes Wort. Wenn man sich einmal fragt, was durch die Kreise des Bürgertums, durch die Kreise der Angestellten und Arbeiter, die nach sozialdemokratischen Einflüssen frei sind, — was durch alle diese Kreise geht — dann ist es die Sehnsucht nach einer Zusammenfassung aller dieser Schichten in eine große bürgerliche Partei.

(Sehr richtig), in eine Partei, die frei ist von Klassen- und Klassenhasse, die einen Scheidestrich gegen den Sozialismus (denn sie ist die aber den Sozialismus nicht ausschalten will von der praktischen Arbeit, die aber der Gewalt des Bolschewismus die Staatsgewalt entgegenstellt. Es ist die Aufgabe unserer Partei, den Kern für die Bildung dieser Zusammenfassung zu bilden (Bühner Beifall). Wir verschmelzen uns weder mit den Demokraten noch mit den Deutschen Nationalen. (Stürmischer Beifall) Wir lehnen beides ab aus politischen Verantwortungsgesühl. Die Frage der Verschmelzung nach links steht ja überhaupt nicht zur Debatte. (Sehr richtig). Nach rechts steht es so, daß der nationalen Sache, die wir ebenso gut wie die Deutschen nationalen Parteipartei verfolgen, nicht schlechter gebient wäre, als wenn wir unsere Selbstständigkeit aufgeben würden. Den Vorteil davon hätten nur die beiderseitigen Gegner. (Bühner Zustimmung). Die Entwicklung, die wir vor uns sehen, kann nur aus der Wahrscheinlichkeit selbst herauskommen. Diejenigen in der demokratischen Partei, die nach etwas von dem alten Liberalismus in sich fühlen, die werden zu uns kommen, und die es nicht fühlen, die wollen wir gar nicht wieder haben. (Stürmischer Beifall). Wir wollen

mit den Deutschen Nationalen gute Fühlung

halten und es liegt nicht an uns, wenn das freundnachbarliche Verhältnis nicht immer die Formen angenommen hat, die wir wünschen. Über alles das soll uns nicht abfallen, den Wahlkampf unter dem einen Gesichtspunkt zu führen:

Der Feind steht links.

(Stürmischer Beifall). Eine große bürgerliche Partei muß sich in diesem Wahlkampf durch Zustimmung von links und rechts bilden. Weil man das Wirken der Wähler zu uns fürchtet, deshalb werden wir am meisten angefeindet, aber diese Angriffe beweisen doch nur das eine: Aus der Zeit der Einflusslosigkeit sind wir heraus. Wenn man uns nicht fürchtet, dann würde man uns auch nicht bekämpfen. (Stürmischer Beifall).

Das Leben besteht aus Kampf. Gehen Sie in den Wahlkampf mit der Überzeugung, daß ein Stück Geschichte unseres Vaterlandes von seinem Ausgange abhängt. Deshalb müssen wir in diesem Wahlkampf dafür sorgen, daß durch Stärkung unserer Partei über alle Stämme der Revolution hinweg dem

Bürgertum wieder größerer Einfluß

auf unser geistiges und wirtschaftliches Leben zu verschaffen. Sorgen Sie dafür, daß wir nach dem Wahlkampf sagen können: Wir haben das Äußere getan, das Staatsschiff wieder in sichere Bahnen zu lenken und seinen Kurs zu richten auf eine hoffnungsvolle und gute Zukunft. (Minutenlanges, sich immer wieder erneuerndes Beifall).

Die Aussprache.

An den Vortrag Stresemanns schloß sich eine lebhafteste Aussprache.

Direktor Burger (Ludwigshafen): Wir in der Pfalz werden die Gefahr der Staatenbildung im Westen und Süden auch jetzt, wo der Süden vom Norden abgesplittet werden soll, überwinden. Das Volk muß sich bewußt werden, daß jetzt in der Pfalz deutsche Politik gemacht wird.

Dr. Curtius (Heidelberg) machte interessante Ausführungen über die Stellung der süddeutschen Staaten zum Reich und sagte u. a.: Die süddeutschen Staaten wenden sich gegen die gewaltsame Einführung des Einheitslootes. Man glaubt im Süden nicht, daß Frankreich bald geräumt werden wird. Die süddeutschen Regierungen haben ein Befehmsrecht zur Reichseinheit abgegeben. Ein Appell, der ein Befehmsrecht aller süddeutschen Staaten zur Reichseinheit darstellte, ist bereits erfolgt, und er wird auch seine Wirkung auf das Ausland nicht verfehlen. Die Reichsanleitung der Vereinfachung muß verändert werden. Die süddeutschen Staaten wollen eigenes Leben, namentlich in der Gesetzgebung. In diesem Sinne wollen wir die Reichseinheit führen. Wir verlangen Freiheit von der Diktatur im Innern und vom Verfall der Vertrag; die Grundbedingung dazu ist aber die Reichseinheit.

Rechtsanwalt Dr. Dehn-München sprach über das Verhältnis Bayerns zu Norddeutschland und bemerkt u. a.: Bayern hat lange mit Bewunderung zu dem ersten Arbeitswillen Norddeutschlands aufgeschaut. Jetzt aber hat Bayern sein Verhältnis für manches, was in Berlin vorgeht, freieren verstanden wie letzten Endes das Reich. Bayern ist in dem erfreulichen Besitz einer verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung der Vernunft.

Regierungspräsident a. D. Dr. von Campe, betonte, er habe sich gefreut über die Rede Trindorn in der Nationalversammlung, die eingeleitet war auf die Angst vor der demokratischen Courage. Die Demokratie habe während dieser Rede gesprochen und dabei eine unklare Kritik eingeschlagen; sie habe nicht den Mut gehabt, hierzu zu stehen und hervorzutreten. Die Demokraten haben sich als zu demokratisch erwiesen, als daß sie den Rückzug zum Bürgertum hätten wieder finden können. Dr. von Campe begrüßte mit Freuden den Sammelruf Dr. Stresemanns an das Bürgertum und sagte weiterhin, das Bürgertum solle sich endlich bestimmen, daß seine Existenz auf dem Spiele stehe. Es lasse es im Gegensatz zu den Sozialdemokraten an der Organisation und den Mut zur Tat fehlen, müsse aber endlich dazu übergehen, sich der Arbeiterschaft gegenüber Geltung zu verschaffen.

Oberprokurator Schwabert (Bittenberg) kennzeichnet das Verhalten der Demokraten in den Tagen der Rapp-Diktatur. In der Tragödie sind die Demokraten mit den Reichsreformsozialdemokraten, den Unabhängigen und den Kommunisten zusammengegangen, indem sie mit ihnen einen Aktionsausschuß bildeten und haben auf diese Weise die bürgerliche Front gesprengt.

Ökonomischer Schriftsteller tritt in längeren Ausführungen für die Landwirtschaft ein. Wie die Aufgabe der Landwirtschaft in der Reichsreform müsse eine stärkere Vertretung auch im Parlament haben. Sie habe ein sehr schlechtes Verhältnis bei der Regierung. Den wirtschaftlichen landwirtschaftlichen Minister habe er bereits früher als einen Minister gegen die Landwirtschaft bezeichnet und er müsse diesen Vorwurf bereits wiederholen. Nicht das nötige Verhältnis bringe man der Landwirtschaft als einer der wichtigsten landwirtschaftlichen Deutschlands entgegen. Der Redner griff scharf das Verhalten der Demokraten gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft an.

Berliner Tagung der Zentrumsparlei.

Berlin, 20. April. (Von unserer Berliner Büro.) Wie die Deutsche Volkspartei und die Demokraten hat auch das Zentrum zwischen Samstag und gestern hier eine Tagung abgehalten. Ein parteilofiger Bericht wird heute in der „Germania“ veröffentlicht. Aus ihm erfährt man, daß der Reichsausschuß der Zentrumsparlei sich für die Zukunft vollständige Unabhängigkeit vorbehaltlich hat. Die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition soll abhängig sein vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, welches eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleistet. Dann wurde noch eine Reihe von Entschlüsseungen grundsätzlicher Art angenommen, die aber im wesentlichen Wiederholungen alter und bekannter Zentrumsprogrammätze sind. Auch der Bericht über das Verhältnis der Zentrumsparlei zur Republik ist seit der Revolution so nicht mehr neu. Die christliche Staatsweisheit, so wird wiederholt, schreibe keine bestimmte Staatsform vor. Beschlüsse über die Entschlüsseungen, die über die Reichsreformfrage gefaßt wurden. Hier wurden vom Reichsausschuß die Beschlüsse der Reichsreformkommission glatt angenommen.

Es wurde aber zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß die in der rheinischen Volksvereinigung wirkenden bisherigen Mitglieder der Zentrumsparlei als reuige Schächlein zum Zentrum zurückkehren mögen.

Das Berliner Tageblatt behauptet, der Reichsausschuß des Zentrums hätte sich auch mit überwiegender Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzbergers ausgesprochen. Im parteilofigen Bericht steht darüber nichts zu lesen.

Die politische Lage in Bayern.

München, 20. April. Im Anschluß an die Nachricht von den hochverräterischen Umtrieben in der Festungsanstalt Niederhöflein schreibt der „Bayr. Kurier“ u. a. folgendes: Es wäre einmal an der Zeit, daß auch der Landtag sich mit den Verhältnissen in unseren Festungsanstalten beschäftigt. Der grundlegende Fehler besteht darin, daß man von Anfang an sich verpflichtet fühlte, auf die Beuglichkeit der Gefangenen mehr Rücksicht nehmen zu müssen, als auf das allgemeine Wohl. Man gebe doch einmal daran, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie sich diese führenden, angeblich gebildeten politischen Häftlinge auführen.

Das Blatt schildert dann einige mühe Begebenheiten, besonders des Festungsgefangenen Klingelböyer in der Anstalt und schreibt dann weiter: Man weiß man doch, warum auf radikaler Seite so sehr auf die Begnadigung aller, auch der schwerst belasteten Führer aus der Rätezeit gedrängt wurde. Man brachte in München führende Köpfe für den großen Kladderadatsch, den man beabsichtigte.

Zufällig war für München eine Entwaffnung der Einwohnerwehr vorgelesen. Die Entwaffnung sollte einzeln geschehen, in den Wohnungen der Wehrleute. Mit der Entwaffnung sollte ein Generalstreik Hand in Hand gehen, der diesmal aber ohne vorherige Ankündigung ganz spontan, womöglich in der Mitte der Woche, nicht an einem Montag, beginnen sollte.

Im Zusammenhang mit diesen Ausschüssen steht wohl ein Flugblatt der U. S. P., das in den letzten Tagen in den Wohnungen jener Münchener Bevölkerungsteile verteilt wurde, die für den Plan in Betracht kamen. Dieses Flugblatt wandte sich vor allem gegen die Regierung Rahr und trat für das Bielefelder Abkommen ein.

Der „Bayrische Kurier“ ist schließlich noch in der Lage, ein Protokoll über eine Parteiratung der U. S. P. vom 15. April zu veröffentlichen, das für die gegenwärtige Lage bezeichnend ist. Nach dem umfangreichen Protokoll bedauerte ein Redner, daß die Münchener U. S. P. nur noch 6000 Mitglieder zähle. Dagegen wurde festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften durch die letzten Vorgänge bedeutend an Einfluß und auch an Macht gewonnen haben. Genosse Kämpfer meinte, daß gegen die Regierung Rahr und sagte: Es sei sicher, daß jetzt etwas bevorstehe. Die Regierung Rahr sei das Ideal der Reaktion und bevor diese Regierung nicht beseitigt wäre, könne nichts unternommen werden. Deshalb sei es erforderlich, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, die Regierung Rahr zu beseitigen. Die Lage sei günstig, weil auch die Demokraten dagegen seien. Man müsse danach trachten, die alte Koalitionsregierung wieder ans Ruder zu bringen. Dieser werde es nur möglich sein, durch Benützung von nicht gesetzlichen Mitteln wieder zur Macht zu gelangen und hier sei dann dem Proletariat eine Handhabe geboten, mit einer Aktion einzugreifen. In diesem Falle sei man denn auch der Mitwirkung der Demokraten und eines großen Teils der „Schwarzen“ sicher. Kämpfer teilte dann noch mit, daß er aus der Redaktion des „Kampf“ ausgetreten sei, und erklärte zum Schluß, er müsse es einmal zum Ausdruck bringen, daß es ihm schwer falle, für die Sache weiter zu arbeiten. Er glaube, daß in kurzer Zeit die U. S. P. entweder bolschewistisch oder nicht mehr sein werde. Ersteres müsse er als ein Unglück betrachten.

Grundzüge der deutsch-nationalen Volkspartei.

Die Deutsch-nationale Volkspartei veröffentlicht ihr Wahlprogramm. Die Einleitung, in der die Verbindung von nationalem und christlichem Geist als Richtschnur der Betrachtung der staatlichen, geistigen und wirtschaftlichen Fragen und das Ringen nach Formen, in denen Arbeit und Kapital sich versöhnen, als Voraussetzung für Einheit und Zukunft der Nation bezeichnet wird, greift in den Worten: „In ruhigem Vertrauen harren wir der Zeit, wo die heilige Flamme vaterländischer Begeisterung die kühnen Gemüter heizen und tragen Selbsterlöser anführt, wo der heilige Idealismus der Jugend sich in männlichen Taten bemächtigt und in der nationalen Einheit eines geläuterten Volkes unter den alten Reichsfarben (Schwarz, Weiß, Rot) das Kaiserreich der Zukunft erblüht.“

Aus den Einzelforderungen, die für das Volks- und Staatswesen erhoben werden, steht an der Spitze die Befreiung Deutschlands von fremder Zwangsherrschaft durch Kündigung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entzweiung notwendigen Kolonien. Als Staatsform wird für das Reich die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaiserreiches erstrebt. Die Einzelstaaten sollen freie Entschlüsse über ihre Staatsform haben. Ein selbst geeinigtes deutsches Reich ist die wichtigste Grundlage deutscher Größe, die Selbstständigkeit der Einzelstaaten ist zu schützen. Das deutsche Gesamtinteresse erfordert ein unparteiliches in seinem Bestande und keinen Rechten nicht geschmälertes Freuchen.

Neben der aus allgemeinen, gleichen Wahlen heider Geschlechter hervorgehenden Volksobervertretung wird eine Vertretung verlangt, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht. Es wird eine zeitgemäße Umgestaltung des Beamtenrechts gefordert, Beamtenausschüsse und Beamtenräten sollen bei der Regelung der dienstlichen Verhältnisse mitwirken. Auf dem Gebiete der Wehrmacht wird die allgemeine gleiche Wehrpflicht und die Wiedererrichtung einer heutzutage geforderten Unter der Wehrpflicht „Deutsches Volkstum“ wird gefordert: „Für ein großes deutsches Volkstum, das Art und Wesen wahr und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die unerschütterliche Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden gerichtslosen und unethischen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kräfte ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution in immer mehr abnehmender hervorbreitender Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Judentum fremdfeindlicher, aber unsere Energie ist zu unterbinden. Endlich werden Forderungen zur Beseitigung der Volkspartei angekündigt und es wird die Berufstätigkeit hunderttausender Familien bei allen gesetzgebenden Maßnahmen im Interesse der Bevölkerungspolitik gefordert.“

München, 20. April. Hier wurde in der vergangenen Woche ein Bezirksverein der Deutsch-nationalen Volkspartei gegründet. 1. Vorsitzender ist Ingenieur Anger, 2. Vorsitzender Prof. Dr. Baumgart, Sasbach.

Die Stadtratswahlen in der Pfalz.

Die Laufzeit des Bürgerrechts bei den Stadtratswahlen in Ludwigshafen. Über deren Ergebnis wir unsere Leser bereits unterrichtet haben. Hat es sich wieder einmal zur Kundgebung getan, das

das Bürgertum die Zeichen der Zeit nicht versteht oder nicht verstehen will, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß 18 000 bürgerliche Wähler der Wahlurne ferngeblieben sind. Diese bürgerliche Gleichgültigkeit ist wirklich beschämend und bezeugt von neuem die Burkesigkeit vieler Kreise für die Gestaltung der Gesetzgebung, die sie bei einseitiger, vom Parteinteresse diktiertem Durchführung doch allererst am Leibe verspüren muß. Günstige Stimmen wurden abgegeben im ganzen 31 822. Die beiden sozialdemokratischen Parteien erhielten 18 624, die bürgerlichen zusammen 13 198. Demnach stellen auf die beiden linksstehenden Parteien 5426 Stimmen mehr. Die Zahl der Stadtratsstimme beträgt nach der neuen Gesetzgebung 40, so daß die linken Parteien zusammen über eine Mehrheit von 3 Stimmen verfügen. Zu den 40 Stimmen des neuen Stadtrats kommen noch die Stimmen der 4 Bürgermeister und der angestellten Rechtsräte. Ferner haben nach der neuen Gemeindeordnung auch die Vorstände der verschiedenen Reflokts in einzelnen Fragen Stimmrecht. Bei der Deutschen Volkspartei sind wiedergewählt: Adjunkt Beller und Steinhäusermeister Laubscher, neu treten ein Direktor Bürger von der Stadt Fortbildungsschule, Dr. Gumbich, Vorstand der Deutschen Volkspartei, und Maria Baur. Von den bisherigen Mitgliedern der Partei im Stadtrats hatten die Herren Amtsgerichtsrat Degheimer und Justizrat Dr. Lichtenberger von vornherein auf eine Wiederbestellung verzichtet.

Vorschläge zur Behebung unserer Finanznot.

Berlin, 20. April. (Von unv. Berl. Büro.) Die Nationalversammlung wird, wie wir schon mehrfach andeuteten, bis zum Freitag mit ihrem Beratungsstoff nicht fertig werden. Man nimmt an, daß man wenigstens zu Anfang der nächsten Woche wird auseinandergeben können. Der Reichsfinanzminister stellt, wie man in der Deutschen Allgemeinen Zeitung heute liest, im Hauptauschuß des Reichstags heute ausführliche Mitteilungen über die Finanzlage des Reiches machen und dem Ausschuß Vorschläge zur möglichen Behebung unserer Finanznot unterbreiten. Nachdem was wir an kurzfristigen Fiskalismus in diesen Tagen in der letzten Postnovelle erfahren haben, sieht man sich versucht, den seligen Traugott von Jagow zu jähern: Reuigerliche seien gewarnt.

Deutsches Reich.

Zur Flugkappe.

Berlin, 20. April. (Von unserm Berliner Büro.) Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, startete die Flugmaschine mit der Herr Rapp Deutschland verließ, in der Nähe von Bornumünde. Der Apparat wurde von einem deutschen Fliegerleutnant Düterbog geführt. Dieser soll inzwischen nach Deutschland zurückgeführt sein. Herr Rapp hat sich übrigens noch dem mißglückten Staatsstreich, wie er selber erzählt, in Berlin verborgen gehalten.

Aus Emil Barths „Erinnerungen“.

Berlin, 20. April. (Von unserm Berliner Büro.) Herr Emil Barth, der unerglückliche Volksbeauftragte, schreibt nun auch seine Erinnerungen. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einiges daraus mitzuteilen. Karl Liebknecht kommt in diesen Memoiren sehr schlecht fort. Herr Emil Barth macht sich über den Verfälschten weidlich lustig und deutet an, daß Herr Liebknecht weder bei normalen Sinnen, noch übermäßig tapfer gewesen sei. Am 31. Oktober 1918 fand zu Ehren Liebknechts ein Empfangsabend in der russischen Botschaft statt. Herr Barth erzählt von ihm: „Das gegenseitige Bemühung und Annehmen war geradezu widerlich.“ Auch auf Herrn Richard Müller, den sogenannten Reichsmüller, fällt ein charakteristisches Streiflicht. Am 9. November 1918 kam Herr Richard Müller um dreiviertel zwölf Uhr in das revolutionäre Hauptquartier, wo Herr Emil Barth ganz allein war. Da sprach Herr Richard Müller die historischen Worte: „Jetzt gehe ich erst etwas essen, und dann will ich mal ein bißchen Revolution ansehen.“

Entlassung von Landräten im Steffiner Bezirk.

Berlin, 19. April. (Priv. Tel.) Die „Post“ meldet aus Steffin, daß bei Besprechungen des Steffiner Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten mit der Regierung beschlossen wurde, die Sicherheitspolizei durch organisierte Arbeiter zu verstärken. Etlichen Landräten, die sich als nicht zuverlässig genug erwiesen haben, sollen in den nächsten Tagen aberufen werden. Für die Regierungsbezirk Straßburg, Steffin und Kiesel sollen Kommissare mit entsprechenden Vollmachten des Oberpräsidenten amtiert.

Die Ausländer an Deutschlands Hochschulen.

Die Deutsche Burenschaft veröffentlicht eine Rundgebung, aus der wir die folgenden Sätze hervorheben:

Die Ausländerfrage ist gewiss eher als allgemein angenommen wird auf dem allgemeinen Studierendentag deutscher Hochschulen wurde erörtert, daß an den deutschen Hochschulen vor dem Krieg 40 u. a. Ausländer waren, daß die Ausländer Hochschulen unter Ausländern zu leben haben, daß die Hochschulen vor allem überfüllt sind, daß an deutschen Hochschulen die Strenge der Studien und die Arbeit zu hoch ist, daß in manchen Fachrichtungen in Physik und Geographie 10 bis 15 u. a. Ausländer studieren. Von Würzburg hat die dortige Ministerialstelle einen Bericht zu entlassen: „Während von dem Hochschülermangel viele deutsche Studierende wegen Platzmangels ausgeschlossen sind, liegt in unserer Hochschulen außer mit Ausländern der Regierung.“ Dabei sind bei all diesen Angaben die Ausländer deutscher Abstammung und Ausländer nicht miteingerechnet, die seit der Revolution den individuellen deutschen Studenten in jeder Beziehung gleichgestellt sind. Die Deutsche Burenschaft erwartet auf das Bestimmteste, daß die Regierungen der deutschen Länder und deutsch-Verweise den Kampf gegen das Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen endlich beugnen und daß die Forderungen des allgemeinen deutschen Studierendentages zur Ausländerfrage völlig erfüllt werden. Der allem wird darin veranschlagt Die Zahl der Ausländer einer Hochschule darf 6 vom Hundert der Gesamtstudentenzahl nicht übersteigen; Ausländer dürfen zum Hochschulstudium oder zu Prüfungen in Deutschland nur zugelassen werden, wenn sie die gleichen Vorbedingungen erfüllt haben wie die deutschen Studenten und wenn ihre Heimatstaaten denselben die gleiche Berechtigung gewähren und nicht von dem Friedensvertrag eine beschränkende Regelung einrichten; Ausländer dürfen keinen Vorlesungen, Übungen und Böden erst nach Berechtigung der deutschen Studierenden folgen; Ausländer dürfen als Assistenten an Hochschulen nur nach dem Grundgesetz der Gegenfächer zugelassen werden.

Die Einigungsverträge der bayerischen Bayern.

München, 20. April. (Priv. Tel.) In Landsberg am Lech beschloß die eine Versammlung des bayerischen Bauernbundes mit der Einigungsfrage. Der Bundtagsabordnete Herr Erläuter, die Überhandlungen, die Dr. Heim in die Wege geleitet habe, drohen jetzt schon in das tote Geleis einzufahren. In dem Augenblick, als Dr. Heim es aussprach, daß die christlichen Bauernvereine bei der bayerischen Volkspartei bleiben habe sich jeder vernünftige Mensch sagen müssen: Auf dieser Grundlage kann eine Einigung nicht stattfinden. So bestanden die Einigungsverträge der Bayern ein Schicksal ins Wasser gewesen sein. Der Redner gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß trotz allem nachherstand die den Bayern sein werde, daß sie den gegenwärtigen Kampf aufgeben und sich zusammenfinden, nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch auf kulturellen und politischen Gebiete.



Aus Stadt und Land.

Verammlung der Inhaber von Straßenbahn-Jahrestarten.

Die Differenzen der Stadtverwaltung mit den Inhabern der Straßenbahn-Jahrestarten erregt begreiflicher Weise das öffentliche Interesse in höchstem Maße.

Herr Wilhelm Walther, der in der Angelegenheit dadurch die Führung übernommen hatte, daß er den Kampf gegen die Stadtverwaltung in der Tagespresse eröffnete, hatte auf gestern abend in das Ballhaus zu einer Versammlung aller Interessenten eingeladen.

Auf Antrag ergibt — da ein dringender Fall vorliegt — ohne mündliche Verhandlung einstweilige Verfügung: Der Stadtgemeinde Mannheim wird unter Androhung einer Strafe bis zu 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, den Antragstellern als Jahresabonnenten der städt. Straßenbahn die Benützung der städt. Straßenbahn von einer Anzahlung abhängig zu machen oder sie, wenn sie keine Anzahlung leisten, von der Fahrt zurückweisen.

Die Verlesung dieses Urteils rief in der Versammlung lebhaften Anklang hervor. Der Stadtrat habe sodann, so bemerkt Herr Walther, den Rückzug angetreten.

Herr H. Freund vertritt sich nunmehr in Kürze über die juristische Seite der Frage.

Herr Walther sprach hierauf über die Freizeiten der Straßenbahn und stellte fest, daß die Stadt das System der Freizeiten noch nicht aufgehoben habe.

Die weitere Erledigung der ganzen Angelegenheit wurde einer Kommission übertragen, die aus nachstehenden Herren besteht: Rabl, Köppler, Reubel, G., Zimmermann und Walther.

Aus unseren Kleingartengebieten.

Die Obstanlagen in unseren Kleingärten sehen zurzeit in herrlicher Blüte und versprechen bei weiterer günstiger Witterung reichen Ertrag.

National-Theater Mannheim.

(Zum ersten Male.)

„Beaumarchais und Sonnenfels“.

Schauspiel von Heinrich Eduard Jacob.

Nach der kurzen Charakterisierung der beiden Hauptgestalten, die ich im gestrigen Mittagsblatt verurteilte, kann ich gleich auf den Inhalt dieses Stückes eingehen, der sich, soweit das bisshen Handlung in Betracht kommt, leicht skizzieren läßt.

Diesem Konversationsstück bühnenwirksamen Schöpfung zu verdanken, war die Aufgabe Richard Gells, unseres nach Freiburg berufenen Spielleiters. Herr Gell hat an unserem Theater kein leichtes

arbeitsreichen Gefindel sicher, sie tauben nicht bloß Gemüse, Früchte, Pflanzen, Büsche und Sträucher, Tiere, Kleber, Geräte, Handwerkzeug und Sämereien, sie tauben — und das ist das Schlimmste — dem Gartenbesitzer auch die Freude und Lust an der Arbeit — soll er sich für andere plagen? Auch die Kleingärtner wissen sich zu helfen.

Die Aufbringung des Schlachtfleischs.

Die Befreiung der Bedarfstellen mit Schlachtfleisch seitens der Ueberschussverbände hat in letzter Zeit so gut wie stillgestanden. Durch die andauernde Unterbefreiung waren die Städte gezwungen, ihre Fleischereien anzukaufeu, die nunmehr überall nahezu aufgebraucht sind.

Ueberschuss wurde dem Obereisenbahnsekretär Robert Weber in Rengingen als Oberstationskontrollleur das Stationsamt II baselst.

Die Rechtsgültigkeit der Buchergesetze. Wie durch die Presse bekannt geworden ist, hätte das Buchergesetz beim Landgericht II in Berlin im Gegensatz zu den Buchergesetzen bei den Landgerichten I und III in Berlin und zu der überwiegenden Mehrzahl der anderen — insbesondere auch der badischen — Buchergesetze die Verordnung über die Eintragung der Buchergesetze für rechtungsgültig erklärt.

Bayern und die Reisezeit 1920. In Bayern beschließt man den Fremdenverkehr für die Sommerzeit in gleichem Umfang wie im Vorjahre einzuschränken.

Internationale Liga für Frieden und Freiheit. Die Sectionen der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit in den Orientländern sind demselben eifrig beschäftigt, die Revision des Friedensvertrages zu fördern.

„Ruchbrüder“, an den „Weibsteufel“, an Werte, bei denen ihm zum Teil entweder die Darsteller oder das Publikum weniger gern Gehör schenken.

Die Mitwirkenden setzten sich mit vollem Gehirne für das wenige ein, was der Dichter dem Schauspieler zuweist.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Kammermusik-Abend des Stuttgarter Kammerorchesters Otto Baumann, Hans Köppler und Hans Münch unter Mitwirkung von

schmitt etwaige unerträgliche Härten, Ungerechtigkeiten und unausführbare Bestimmungen kargzulassen.

Die Forschungs-Gesellschaft für Arbeitswissenschaft macht auf den Vortrag des Herrn Dipl.-Ing. Kennel über „Der elektrische Antrieb von Werkzeugmaschinen“ aufmerksam.

Wellenfälle am Wert und die Geistesströme des Christentums. P. Sigismund Brettle aus Deggendorf, der durch die Fülle seiner Gedanken und durch seine anregende Rhetorik gelegentlich eines im letzten Jahre im Rosengarten stattgefundenen Vortrages etwa 4000 Zuhörer fesselte und begeisterte, wird heute Dienstag abend im Rabelungenloal über das genannte Thema sprechen.

Reber Auswandererfragen spricht am Mittwoch Abend 7/8 Uhr in der Aula der Handels-Hochschule der Leiter des Deutschen Auslandsbüros Stuttgart, Herr Dr. Fritz Wertheimer, auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Auswandererforschung.

Hallestelle Schützenhaus aufgehoben? Man schreibt uns: Gestern früh 6 Uhr 18 Min. stand ich mit noch mehreren Herren an der Hallestelle Schützenhaus Heubühl, um in die Stadt zu fahren.

Das Fest der silbernen Hochzeit beging gestern Herr Michael Kolb, Schaffner der Rhein-Raardbahn, mit seiner Ehefrau Maria geb. Landenberger, Friedrichsring 40 wohnhaft.

Parteinachrichten.

Deutschnationale Volkspartei.

Am letzten Dienstag fand im Hotel Leuchtturm ein weiterer politischer Besprechungsabend der Deutschnationalen Volkspartei statt.

Vereinsnachrichten.

Gewerkschaftsbund der Angestellten. Wie die am 8. April im überfüllten großen Saal der „Aledorfer“ abgehaltene Mitglieder-Versammlung des G. d. A., so hatte sich auch die am 15. April im Versammlungslokal des Rosengarten stattfindende Mitglieder-Zusammenkunft eines sehr regen Besuches zu erfreuen.

Professor W. Rehberg. „Kängel an Neuheiten wegen der Leuerung“ wird vom Markte der Wiener Moden gemeldet, auch die Balala melodischer Erfindung — die man durch harmonische Entdeckungen nicht haben kann — zeigt eine der Papiergeld-Gegenwart ähnliche Entwicklung.

Sinfonienkonzert des Landesmusikdirektors für Pfalz und Saarland. Der Abend wurde eingeleitet mit Tschaikowskys Pathetique. Die melodienreiche Sinfonie zeigt und weicht im polyphonen Satz, und wie er es gut versteht, einzelne Motive durch künstlich verwickelte Stimmführung weiterzuentwickeln.



















Kurbetrieb  
1. Mai bis Ende  
September

# BAD MERGENTHEIM

Kurhaus  
im vollen Betrieb

Heilanzeigen:  
**Zuckerkrankheit, Magen-, Darm- und Leberleiden,  
Gallensteine, Fettsucht u. s. w.**

Kräftliches Zeugnis erforderlich. Amtliche Formulare, Prospekte usw. durch die Kurverwaltung.

**National-Theater.**  
Dienstag, den 20. April 1920. Kaiser Platz.  
**Hoffmanns Erzählungen**  
Anfang 7 Uhr. Musik-Brille. Ende gegen 10 Uhr.  
**Künstlertheater „Apollo“**  
Dienstag, den 20. April  
Wiederaufnahme des Entscheidungskampfes  
Küpper gegen Sauerer  
Worgul gegen Landau  
Lechlechner gegen v. d. Heyd.

**Palast-Theater**  
Narrentanz der Liebe (5 Akte)  
Das Zukunfts-Restaurant (2 Akte)  
Wochentags Anfang 8 Uhr  
Samstags u. Sonntags 2 Uhr. 5145

**„Judex“**  
Ein Abenteuer-Roman in  
12 Epis.  
1. Der geheimnisvolle Schatten  
2. Die Söhne. 5138  
Dieser Film kommt in 4 Teilen zur  
Vorführung.  
Anfang täglich 8 Uhr.

**„Ariou“, Josenmann'scher Männerchor, E. V. Mannheim.**  
Samstag, 24. April ds. Jz., abends pünktlich  
7 1/2 Uhr, im Kasino-Saal, R. 1, 1  
**Abendunterhaltung mit Tanz**  
Karten zu haben bei den Mitgliedern, bei  
Kassier Köcher, Schimperstr. 39, II. und  
an der Abendkasse. \*1902

**Plebiscit-Briefmarken**  
aus dem Abstimmungsgebiet Schleswig werden  
gestempelt und ungestempelt per Serie zu  
30-35 Mk. per Nachnahme.  
**Hans Bünning, Naderleben**  
Warenhandlungstraße 20. \*1920

**Ch. Danner**  
Knaben u. Mädchen, Gewerbetreibende, Höherentlassene etc. erhalten eine gründliche Ausbildung in sämtl. kaufmännischen Fächern bei strengem Einzelunterricht in Tages- u. Abendkursen (Eintritt täglich).  
**Ch. Danner, staatl. gepr. Fernsprecher 5134.**  
Alle Absolventen sind gut placiert.

Zwecks Erweiterung eines sehr rentablen  
**Film-Unternehmens**  
(Verleih und Vertrieb), bezw. Errichtung eines Zweigunternehmens, wird von lang. Boden, melch. selbst u. gr. Kapital vorz. stiller oder tätiger Teilhaber mit mindestens 150 Mille Einlage gesucht.  
Zulage u. D. O. 65 a. d. Reichsbank. \*1942

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs bitten wir Zahlungen auf unser  
**Postcheckkonto**  
Nr. 17590 Karlsruhe  
zu machen.  
**Mannheimer General-Anzeiger.**

## Colosseum-Walhalla

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag! Das große Weltstadt-Programm!

<b>5-Akter</b> Erst-Aufführung <b>Vom Rande des Sumpfes</b> Großstadt-Sitten-Tragödie. In der Hauptrolle <b>Lu Synd.</b>	<b>7-Akter</b> <b>HARAKIRI</b> oder: <b>Das Schwert des Mikado</b> Geschichte einer kleinen Japanerin. Wunderbare Ausstattungen und japanische Trachten verherrlichen den Inhalt des Dramas.
<b>4-Akter</b> Erst-Aufführung <b>Um das grosse Erbe</b> Spannendes sensationelles Kriminal-Drama.	<b>7-Akter</b> <b>Die drei Glückspilze</b> Lustspiel in 2 Akten. Harry-Piel-Film! „Geheimnisse des Zirkus Barré“ bestimmt ab Freitag, 23./4.

Nur 3 Tage Ab Freitag: Harry Piel

Inhaber: 533  
**Eberhard Meyer**  
Seltstr. 12 Mannheim Tel. 1513  
Bürostunden von 9 bis 4 Uhr  
Besorgt Ungeziefer jeder Art  
mit weitgehendster Garantie.  
Spezialität: radfahler Wanzen-  
Ausrottung. — 30jähr. prakt.  
Erfahrung. Arbeit gründlich  
und leistungsfähigste Unter-  
nehmen am Platze.  
Kontrakt vier statt. und  
städtlicher Behörden.



### Lastkraftwagen

Berücksichtigt in meiner Werksliste vollkommen durchgeparterte Lastkraftwagen (siehe hierzu zum Verkeuf)

- 1 **Daimler-Lastkraftwagen**, Berlin-Marienfelde, 4-5 Tonn Tragf., mit Abgasantrieb, vorne Holzgummi, hinten Gabelantrieb, Baderbreite 3,90x1,00, geschlossener Führerf. Baujahr 1914.
- 1 **Saurer-Lastwagen**, 5-3/4 Tonn. Tragf., mit Carbon-Liebestr., vorne Holzg., hint. Eisenber., Baderbreite 3,50x1,65, geschlossener Führerf. Baujahr 1914.
- 1 **Horch-Schnell-Lastwagen**, 3 Tonn. Tragf., mit Carbon-Liebestr., vorne Holzg., hint. Eisenber., Baderbreite 3,50x1,65, geschlossener Führerf. Baujahr 1914.
- 1 **Opel-Schnell-Lastwagen**, mit 2 Tonn. Tragf., Carbon-Liebestr., gebt. Holzgummib., auf all 4 Räd., Baderbreite 2,80x1,00, geschlossener Führerf. mit Hochschalthe. Ausdrückliche Angebote auf Anfrage.

Automobilhaus Peter Eberhard, Karlsruhe  
Amalienstr. 57. Fernsprecher 724.

**Musensaal. Rosengarten.**  
Samstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr  
**KONZERT**  
**Andreas Weissgerber**  
(Violine)  
Am Flügel: **Waldemar Lichowsky.**  
Karten zu Mk. 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1 zuzüglich Steuer an der Konzertkasse  
Heckel, O 3, 10 und an der Abendkasse. 8100

**Stauen-erregend**  
wirkt Apotheker Dr. Uecker's Heilmittel gegen Hautausschlag, Flechten, Geschwüre, Belästigungen, Krampfadern (besonders bei Frauen), offene Pfülle, Wunden, wundige rissige Haut, Frostschäden, Verbrennungen usw. — Die Sa be wirkt hautbildend, schmerz- u. juckreizstillend. Originalpack. 5 Mk. 6 u. M. 9. — Nur allein echt durch die Apotheke zum Goldenen Adler, Berlin 26, Alexandrienerstr. 41. Geprüft, im Jahre 1914. Zweitklassige Apotheke Berlin. 554

Warenhaus  
**KANDER**  
G. m. b. H. Mannheim  
Ein **Glaswaren**  
Waggon  
Press-Glas in modernen Mustern!  
Salschalen — Kompottschalen — Bellagschalen — Kuchen- und Dessert-Teller  
Vasen — Leuchter — Butter- und Käseglocken — Likörservice — Marmeladendosen  
Eis-Service — Eis-Teller.  
Wein-Gläser glatt und geschliffen.  
Weisweingläser Weinbecher  
Rotweingläser Bierbecher (geescht)  
Süßweingläser Tee-Becher  
Champagnerkelche Wassergläser  
Champagnerbecher Likörgläser  
Günstige Einkaufsbedingungen für Hoteliers u. Gastwirte.

**Herren- u. Damen-Kleidung**  
wird sofort angefertigt, geänder, gewendet, repariert und geputzt. 597  
Lager in Friedens-Stoffen  
Fr. Berlinghof  
Lange Mitterstr. 1.

**Herrenkleider**  
wird elegant angefertigt, gewendet u. repariert bei stollen Preisen. \*1937  
Schneider, Theodorstr. 11, Bismarckplatz.

**Fischlings-Lose-Geld-Lotterie**  
Ziehung 30. April 1920  
3575 Gesamt- und Hauptgewinne  
40 000  
20 000  
15 000  
Mark hat ohne Abzug. Einz. Lose 1.10 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. empfiehlt Lotter.-Unternehm. J. Stürmer  
Mannheim, O 7, 11  
früher Strassburg i. L. und alle Lotterielose.

**1 Schlafzimmer**  
massiv Eiche, mit feinst. Spiegelverkleidung, Wachs-lammleuchte mit echten Wax- und Spiegelglasfenstern, 2 Bettstellen mit Patentröhren, 2 Nachtsch. mit Waxm., 2 Stühle, Hand-taschenträger sehr preiswert zu verkaufen bei 3153  
K. A. Districh  
Röbel-Spiegelgeschäft  
E 3, 11.

**Hühner**  
wieder abgegeben. \*1975  
Berle, Neckarstr.  
Rathschreibergasse 7, II.  
Gebäude n. 100 W.  
an Hauptstr. b. d. d. Berger, C 4, 8. Nur 2-7 191

## Stehpulte

80 x 75 cm	Mk. 350.-
100 x 75 "	" 600.-
120 x 75 "	" 625.-
150 x 75 "	" 675.-

sofort ab Lager lieferbar  
**S. Gutmann**  
Q 3, 16 Tel. 2143

**Nähgarn**  
offiziert S. Gieseking,  
Barmen-Ritt. \*1836

**Schönster Schmuck**  
für Bräute, Damen,  
Festbesucher usw.  
sind untrügl. Schöne  
einfach melibefannte

**Gebirgs-Hänge-Nelken-Pflanzen.**  
Man verlange Reiz-  
los gratis und franko.  
Sich beste Pflanzen.  
Verkauft überallhin  
unter Garantie für  
gelinde Anhalt bei  
Pflanzen. 6106  
Gebhard Sohne  
Schillingstr. 31 (bei  
Trauerstein 11 31 (bei 1)

**Band-Säge**  
Benzmotor, 6 Pferde, gut  
erhalten, betriebsfähig zu  
verkauf. J. Reppmann,  
Dalsbergstr. 10. Tel. 3790.

## Hut ab!



# Nigrin

Wieder reine Friedensware  
Sofortiger Dauerhochglanz. Färbt nicht ab.  
jede Dose ist mit Bänderol versehen.